Niederschrift der Sitzung des Stadtrates am 01.02.2017

Sitzungsort: Rathaus, Raum 225, Ratssitzungssaal,

Fischmarkt 1, 99084 Erfurt

Beginn: 17:10 Uhr

Ende: 22:25 Uhr

Anwesende Mitglieder des Ausschusses: Siehe Anwesenheitsliste

Abwesende Mitglieder des Ausschusses: Siehe Anwesenheitsliste

Stadtratsvorsitzende: Frau Pelke stellv. Stadtratsvorsitzende: Frau Stange Schriftführer/in:

Tagesordnung:

I. Öffentlicher Teil Drucksachen-Nummer

- 1. Eröffnung durch den Oberbürgermeister
- 2. Änderungen zur Tagesordnung
- 3. Einwohnerfragestunde (Anfragen nach § 10 GeschO)
- 3.1. Ausbau im Andreasviertel 2748/16
- 4. Genehmigung der Niederschrift der Stadtratssitzung vom 16.11.2016
- 5. Aktuelle Stunde
- 6. Beantwortung von Anfragen (§ 9 Abs. 2 GeschO)

6.1.	Dringliche Anfragen	
6.1.1.	Dringliche Anfrage - Stand der Umsetzung 2. Ausfahrt GVZ Fragestellerin: Frau Stange, Fraktion DIE LINKE.	0256/17
6.2.	Anfragen	
6.2.1.	Haushaltssicherungskonzept Fragesteller: Herr Dr. Warweg, Fraktion SPD	0019/17
6.2.2.	"Erfurter Puffbohnen Weihnachtsmarkt" Fragesteller: Herr Hose, Fraktion CDU	2736/16
6.2.3.	ALDI-Markt am Berliner Platz Fragesteller: Herr Hose, Fraktion CDU	2763/16
6.2.4.	Hochhäuser ICE-City Fragesteller: Herr Kordon, Fraktion CDU	2764/16
6.2.5.	30-Zonen vor Pflegeeinrichtungen, Schulen und Kindergärten Fragesteller: Herr Kordon, Fraktion CDU	2765/16
6.2.6.	Stand des B-Planverfahrens ALT424 "Löbertor" Fragesteller: Herr Kallenbach, Fraktion CDU	0018/17
6.2.7.	Maßnahmen Haushaltssicherungskonzept / Aufstellung eines Haushaltsplanes und einer Haushaltssatzung 2017 Fragesteller: Herr Pfistner, Fraktion CDU	0042/17
6.2.8.	Barrierefreiheit und Schulwegsituation "Am Angerberg" Fragestellerin: Frau Walsmann, Fraktion CDU	0043/17
6.2.9.	Schülerinnen und Schüler mit Deutsch als Zweitsprache an den staatlichen Schulen Fragesteller: Herr Hose, Fraktion CDU	0125/17
6.2.10.	Demonstration gegen den Moscheebau in Marbach am 14.12.2016 vor dem Rathaus Fragesteller: Herr Kamieth, Fraktion DIE LINKE	0074/17
6.2.11.	Kulturschutzgebiete für Erfurt Fragesteller: Herr Bärwolff, Fraktion DIE LINKE.	0198/17

6.2.12.	Landung von US-Militärmaschinen auf Erfurter Flughafen Fragestellerin: Frau Stange, Fraktion DIE LINKE.	0199/17
6.2.13.	"Langer Tag der StadtNatur" in Erfurt Fragestellerin: Frau Dr. Glaß, Fraktion DIE LINKE.	0220/17
6.2.14.	Besetzung Buga-Ausschuss Fragesteller: Herr Prof. Dr. Thumfart, Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN	2734/16
6.2.15.	Angermuseum mit mehr Leuchtkraft Fragesteller: Herr Prof. Dr. Thumfart, Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN	0208/17
6.2.16.	Verkauf Objekt Gispersleben-Kiliani Fragestellerin: Frau Gabor, Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN	0209/17
6.2.17.	Anpassung der Schulnetzplanung Fragesteller: Herr Bender, Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN	0218/17
6.2.18.	Nachtragshaushalt 2015 Fragestellerin: Frau Rothe-Beinlich, Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN	0219/17
6.2.19.	Handy-Parken in Erfurt Fragesteller: Herr Stampf, Fraktion FREIE WÄH- LER/FDP/PIRATEN	0213/17
6.2.20.	Besetzung der Stelle Bürgerbeauftragter / Kommunaler Beauftragter für Menschen mit Behinderungen Fragesteller: Herr Stassny, Fraktion FREIE WÄH- LER/FDP/PIRATEN	0214/17
6.2.21.	Sanierung des Speichers in Töttelstädt Fragesteller: Herr Müller, Ortsteilbürgermeister Töttel- städt	0175/17
7.	Behandlung von dringlichen Entscheidungsvorlagen	
7.1.	Änderung stimmberechtigtes Mitglied Jugendhilfeausschuss Einr.: Jugendhilfeausschuss	0275/17

7.2.	Mandatswechsel im Ausschuss Soziales, Arbeitsmarkt und Gleichstellung Einr.: Fraktion SPD	0292/17
8.	Entscheidungsvorlagen	
8.1.	Südliche Stadteinfahrt/Martin-Andersen-Nexö- Straße/Arndtstraße - Sachstandsbericht und Empfehlung zu weiteren Planungsschritten Einr.: Oberbürgermeister	0468/16
8.1.1.	Antrag der Fraktion CDU zur Drucksache 0468/16 Südliche Stadteinfahrt/Martin-Andersen-Nexö-Straße/Arndtstraße - Sachstandsbericht und Empfehlung zu weiteren Planungsschritten	0136/17
8.1.2.	Nachfragen zu der Drucksache 0468/16 Südliche Stadteinfahrt / Martin-Andersen-Nexö-Straße / Arndtstraße; Sachbericht; hier: Liste	2672/16
8.2.	Grundstücksverkehr - Öffentliche Ausschreibung eines städtischen Grundstückes, Haageweg Einr.: Oberbürgermeister	0623/16
8.3.	Vorhabenliste "Neue Erfurter Bürgerbeteiligungskultur" Einr.: Oberbürgermeister	0931/16
8.3.1.	Antrag der Fraktion CDU zur Drucksache 0931/16 Vorhabenliste "Neue Erfurter Bürgerbeteiligungskultur"	0176/17
8.3.2.	Nachfragen aus der nicht öffentlichen Sitzung HAS vom 10.01.2017 - TOP 4.1. Vorhabensliste "Neue Erfurter Bürgerbeteiligungskultur" (Drucksache 0931/16)	0132/17
8.4.	Vorstellung der Varianten in einer öffentlichen Bürgerversammlung im Rahmen des Bebauungsplanverfahrens URB638 "Technologie- und Gewerbepark nördlich der Straße Am Herrenberg" Einr.: Oberbürgermeister	1043/16
8.5.	Maßnahmenpaket zur Erreichung der Erfurter Klimaschutzziele Einr.: Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN	1616/16

8.5.1.	Antrag der Fraktion CDU zur Drucksache 1616/16 - Maß- nahmenpaket zur Erreichung der Erfurter Klimaschutzzie- le	0135/17
8.5.2.	Antrag der Fraktionen SPD, DIE LINKE, Bündnis 90/ Die Grünen zur Drucksache 1616/16 - Maßnahmenpaket zur Erreichung der Erfurter Klimaschutzziele	0270/17
8.5.2.1.	Antrag der Fraktion CDU zur Drucksache 0270/17 - Antrag der Fraktionen SPD, DIE LINKE, Bündnis 90/ Die Grünen zur Drucksache 1616/16 - Maßnahmenpaket zur Errei- chung der Erfurter Klimaschutzziele	0294/17
8.6.	Wirtschaftsplan 2017 der KoWo - Kommunale Wohnungsgesellschaft mbH Erfurt Einr.: Oberbürgermeister	1714/16
8.7.	Wirtschaftsplan 2017 der Kaisersaal Erfurt GmbH Einr.: Oberbürgermeister	1715/16
8.8.	Anpassung der Friedhofssatzung der Landeshauptstadt Erfurt für Rasengräber Einr.: Fraktion CDU	1785/16
8.8.1.	Antrag der Fraktion CDU zur Drucksache 1785/16 - Anpassung der Friedhofssatzung der Landeshauptstadt Erfurt für Rasengräber	0177/17
8.9.	Satzung über die Benutzung von öffentlichen Einrichtungen bei der Unterbringung besonderer Bedarfsgruppen in der Landeshauptstadt Erfurt (Unterbringungssatzung) Einr.: Oberbürgermeister	1910/16
8.10.	Benutzungsgebührensatzung für öffentliche Einrichtungen bei der Unterbringung besonderer Bedarfsgruppen in der Landeshauptstadt Erfurt (Unterbringungsgebührensatzung) Einr.: Oberbürgermeister	1911/16
8.11.	Bebauungsplan BIN651 "An der Weinsteige - nördlicher Teilbereich", 1. Änderung - Billigung Entwurf und öffent- liche Auslegung Einr.: Oberbürgermeister	1930/16

8.12.	Rechtliche Konsequenzen durch Bauverzögerungen und Baumängeln bei der Multifunktionsarena Einr.: Fraktion CDU	1938/16
8.12.1.	Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN zur Drucksache 1938/16 Rechtliche Konsequenzen durch Bauverzögerungen und Baumängeln bei der Multifunktionsarena	2515/16
8.13.	"Bündnis bezahlbares Wohnen Erfurt" gründen Einr.: Fraktion SPD	1945/16
8.14.	Errichtung der Thüringer Gemeinschaftsschule Erfurt- Hochheim (TGS 6) Einr.: Ortsteilbürgermeister Hochheim	2428/16
8.15.	Bundesmittel für die Defensionskaserne Einr.: Fraktion CDU	2429/16
8.16.	Satzung zur Beteiligung junger Menschen in Erfurt Einr.: Fraktion SPD, Fraktion CDU, Fraktion DIE LINKE., Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, Fraktion FREIE WÄH- LER/FDP/PIRATEN	2487/16
8.16.1.	Änderungsantrag des Jugendhilfeausschusses zur DS 2487/16 - Satzung zur Beteiligung junger Menschen in Erfurt	0149/17
8.17.	Kündigung des "Vertrages über die Durchführung und Vergütung des Rettungsdienstes im Rettungsdienstbe- reich Stadt Erfurt" Einr.: Oberbürgermeister	2726/16
8.18.	1. Änderungssatzung der Satzung über die Aufwandsent- schädigung der Angehörigen der Freiwilligen Feuerwehr der Landeshauptstadt Erfurt vom 02. August 2012 Einr.: Oberbürgermeister	2749/16
8.19.	Änderung sachkundiger Bürger Einr.: Fraktion DIE LINKE.	0028/17
8.20.	Wohnungspolitik in Erfurt neu ausrichten Einr.: Fraktion SPD, Fraktion DIE LINKE., Fraktion BÜND- NIS 90/DIE GRÜNEN	0061/17

8.20.1.	Antrag der Fraktionen SPD, DIE LINKE, Bündnis 90/ Die Grünen zur Drucksache 0061/17 Wohnungspolitik in Erfurt neu ausrichten	0306/17
8.21.	Reduzierung von Planungskosten durch Typenbau beim Schulneubau Einr.: Fraktion CDU	0141/17
8.21.1.	Antrag der Fraktion FFP zur DS 0141/17 - Reduzierung von Planungskosten durch Typenbau beim Schulneubau	0258/17
8.21.2.	Antrag der Fraktion Freie Wähler, FDP, Piraten zur Drucksache 0258/17 Antrag der Fraktion FFP zur DS 0141/17 - Reduzierung von Planungskosten durch Typenbau beim Schulneubau	0305/17
8.21.3.	Antrag der Fraktion CDU zur Drucksache 0141/17 Reduzierung von Planungskosten durch Typenbau beim Schulneubau	0291/17
8.22.	Laufzeit Photovoltaikanlage am Standort Volkenrodaer Weg Einr.: Fraktion FREIE WÄHLER/FDP/PIRATEN	0168/17
8.23.	Bezahlbares Wohnen für Erfurt Einr.: Fraktion CDU, Fraktion FREIE WÄHLER/FDP/PIRATEN	0178/17
8.23.1.	Antrag der Fraktion Freie Wähler, FDP, Piraten zur Drucksache 0178/17 Bezahlbares Wohnen für Erfurt	0307/17
9.	Informationen	

I. Öffentlicher Teil

Drucksachen-Nummer

1. Eröffnung durch den Oberbürgermeister

Der Oberbürgermeister eröffnete die 28. öffentliche Stadtratssitzung der Wahlperiode 2014 - 2019 und begrüßte alle Stadtratsmitglieder, Ortsteilbürgermeister, Pressevertreter sowie Gäste.

Sodann übergab er die Sitzungsleitung an die Stadtratsvorsitzende, Frau Pelke.

Frau Pelke gab bekannt, dass der Hauptausschuss in der Sitzung am 03.05.2011 beschlossen hat, dass die Aufzeichnung der Stadtratssitzungen im Internet als Live-Stream und eine Speicherung der Daten bis zur nächst folgenden Stadtratssitzung durch die Mediengruppe Thüringen bzw. des durch sie beauftragten technischen Dienstleisters, unter den folgenden Bedingungen erfolgt:

- Die Kameraposition und die technischen Rahmenbedingungen werden vor der jeweiligen Stadtratssitzung durch die für die Presse und Öffentlichkeitsarbeit zuständige Dienststelle festgelegt. Es darf nur der jeweilige Redner am Rednerpult und das Präsidium hinter dem Rednerpult aufgezeichnet werden.
- Eine Aufnahme der Zuschauer-Empore und des Stadtratssitzungssaales ist nicht zulässig.
- Durch die Verwaltung wird der Mediengruppe Thüringen vor Beginn der Stadtratssitzung mitgeteilt, welche Personen einer Übertragung widersprochen haben. In der Sitzung können durch die Stadtratsvorsitzende weitere Personen benannt werden. Diese Personen dürfen nicht gefilmt werden.
- Im Übrigen ist die Mediengruppe Thüringen für die rechtmäßige Live-Übertragung der Stadtratssitzung verantwortlich.

Personen, die nicht aufgezeichnet werden wollen, können dies jederzeit der Stadtratsvorsitzenden bekannt geben.

Sie fragte daraufhin, ob jemand der Aufzeichnung, soweit der Redebeitrag von Rednerpult aus erfolgt, widerspricht. Widerspruch erhob sich nicht.

Darüber hinaus hat der Hauptausschuss in der Sitzung am 20.10.2015 die Zustimmung erteilt, dass alle Fraktionen für die laufende Wahlperiode die Redebeiträge ihrer Mitglieder am Rednerpult im öffentlichen Teil von Stadtratssitzungen in Bild und Ton mitschneiden dürfen.

Die Liste der grundsätzlich genehmigten Journalisten gemäß §15 (6) der Geschäftsordnung liegt in den Fraktionsgeschäftsstellen und der für die Presse und Öffentlichkeitsarbeit zuständigen Dienststelle zur Einsichtnahme für die Sitzungsteilnehmer vor, teilte die Stadtratsvorsitzende weiterhin mit.

Frau Pelke stellte fest, dass die Einladung zur Sitzung form- und fristgemäß nach § 35 Abs. 2 ThürKO erfolgte. Zu diesem Zeitpunkt waren 41 Mitglieder des Stadtrates anwesend. Damit war der Stadtrat beschlussfähig, so die Stadtratsvorsitzende.

Sodann wurde den Stadtratsmitgliedern, die seit der letzten Sitzung Geburtstag hatten, nachträglich gratuliert.

Abschließend wies die Stadtratsvorsitzende darauf hin, dass die Pause in der Zeit von 18.30 Uhr bis 19.00 Uhr stattfindet.

2. Änderungen zur Tagesordnung

Die Stadtratsvorsitzende gab folgende Änderungen zur Tagesordnung bekannt:

Folgende Drucksachen sollen zusätzlich aufgenommen werden:

Drucksache 0275/17
 Änderung stimmberechtigtes Mitglied im Jugendhilfeausschuss
 Einr.: Jugendhilfeausschuss

Die Stadtratsvorsitzende erklärte, dass zur Aufnahme in die Tagesordnung eine 2/3-Mehrheit der anwesenden Mitglieder des Stadtrates erforderlich sei.

Daraufhin ließ die Stadtratsvorsitzende über die dringliche Aufnahme in die Tagesordnung abstimmen.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen: 41 Nein-Stimmen: 0 Enthaltungen: 0

Somit wurde die benötigte 2/3- Mehrheit erreicht und die Drucksache unter TOP 7.1 in die Tagesordnung aufgenommen.

Zudem teilte die Stadtratsvorsitzende mit, dass die Wahl zur Änderung des stimmberechtigten Mitgliedes im Jugendhilfeausschuss vor der Pause statt findet.

Drucksache 0292/17
 Mandatswechsel im Ausschuss Soziales, Arbeitsmarkt und Gleichstellung Einr.: Fraktion SPD

Die Stadtratsvorsitzende erklärte, dass zur Aufnahme in die Tagesordnung eine 2/3-Mehrheit der anwesenden Mitglieder des Stadtrates erforderlich sei.

Daraufhin ließ die Stadtratsvorsitzende über die dringliche Aufnahme in die Tagesordnung abstimmen.

Ja-Stimmen: 41 Nein-Stimmen: 0 Enthaltungen: 0

Somit wurde die benötigte 2/3- Mehrheit erreicht und die Drucksache unter TOP 7.2 in die Tagesordnung aufgenommen.

Folgende Drucksachen wurden auf Antrag des Einreichers vertagt:

TOP 8.3 – Drucksache 0931/16

Vorhabenliste "Neue Erfurter Bürgerbeteiligungskultur"

Einr.: Oberbürgermeister

• TOP 8.9 – Drucksache 1910/16

Satzung über die Benutzung von öffentlichen Einrichtungen bei der Unterbringung besonderer Bedarfsgruppen in der Landeshauptstadt Erfurt (Unterbringungssatzung)

Einr.: Oberbürgermeister

TOP 8.10 – Drucksache 1911/16

Benutzungsgebührensatzung für öffentliche Einrichtungen bei der Unterbringung besonderer Bedarfsgruppen in der Landeshauptstadt Erfurt (Unterbringungsgebührensatzung)

Einr.: Oberbürgermeister

• TOP 8.12 – Drucksache 1938/16

Rechtliche Konsequenzen durch Bauverzögerungen und Baumängeln bei der Multifunktionsarena

Einr.: Fraktion CDU

Weiterhin gab die Stadtratsvorsitzende bekannt, dass folgende Drucksachen gemeinsam behandelt und getrennt abgestimmt werden:

• TOP 8.13 – Drucksache 1945/16

"Bündnis bezahlbares Wohnen Erfurt" gründen

Einr.: Fraktion SPD

mit

• TOP 8.20 – Drucksache 0061/17

Wohnungspolitik in Erfurt neu ausrichten

Einr.: Fraktion SPD, Fraktion DIE LINKE., Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

mit

TOP 8.23 – Drucksache 0178/17

Bezahlbares Wohnen für Erfurt

Einr.: Fraktion CDU, Fraktion FREIE WÄHLER/FDP/PIRATEN

Sodann beantragte Herr Stampf, Fraktion FREIE WÄHLER/FDP/PIRATEN, die Verweisung der Drucksache 0168/17 - Laufzeit Photovoltaikanlage am Standort Volkenrodaer Weg (Einr.: Fraktion FREIE WÄHLER/FDP/PIRATEN) unter dem TOP 8.22 in den Ausschuss für Stadtentwicklung und Umwelt.

Zudem beantragte Herr Stassny, Vorsitzender der Fraktion FREIE WÄHLER/FDP/PIRATEN die nochmalige Verweisung der Drucksachen, die die Wohnungspolitik betreffen unter den Tagesordnungspunkten 8.13, 8.20 und 8.23.

Hierzu hielt Herr Warnecke, Vorsitzender der Fraktion SPD, eine Gegenrede.

Daraufhin führten Herr Stampf und Herr Bärwolff, Vorsitzender der Fraktion DIE LINKE. zu den Beratungen der Drucksachen in den zuständigen Ausschüssen, dem Bau- und Verkehrsausschuss sowie dem Ausschuss für Stadtentwicklung und Umwelt, aus.

Die Stadtratsvorsitzende ließ über den Antrag auf Verweisung der Drucksachen abstimmen.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen: 14 Nein-Stimmen: 27 Enthaltungen: 0

Damit wurde der Antrag abgelehnt.

Anschließend beantragte Herr Kordon, Fraktion CDU, den Tagesordnungspunkt 8.16 – Drucksache 2487/16 - Satzung zur Beteiligung junger Menschen in Erfurt (Einr.: Fraktion SPD, Fraktion CDU, Fraktion DIE LINKE., Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, Fraktion FREIE WÄHLER/FDP/PIRATEN) vorzuziehen und auf Grund der anwesenden Gäste direkt nach der Pause zu behandeln.

Darüber erfolgte sogleich die Abstimmung.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen: 41 Nein-Stimmen: 0 Enthaltungen: 0

Somit wurde der Antrag einstimmig bestätigt und entsprechend der TOP 8.16 in der Tagesordnung vorgezogen.

Im Anschluss beantragte Herr Hose, Fraktion CDU, die Verweisung der Drucksache 0141/17 - Reduzierung von Planungskosten durch Typenbau beim Schulneubau (Einr.: Fraktion CDU) unter TOP 8.21 in den Bau- und Verkehrsausschuss und in den Ausschuss für Bildung und Sport.

Hierzu ließ die Stadtratsvorsitzende zunächst die Verweisung der Drucksache 0141/17 in den Bau- und Verkehrsausschuss abstimmen.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen: 41 Nein-Stimmen: 0 Enthaltungen: 0

Damit wurde dieser Antrag bestätigt.

Darauffolgend rief die Stadtratsvorsitzende den Antrag auf Verweisung der Drucksache in den Ausschuss für Bildung und Sport zur Abstimmung auf.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen: 14 Nein-Stimmen: 26 Enthaltungen: 1

Damit wurde dieser Antrag mehrheitlich abgelehnt und die Drucksache 0141/17 lediglich in den Bau- und Verkehrsausschuss verwiesen.

Im Anschluss beantragte Herr Warnecke, Vorsitzender der Fraktion SPD, die Reihenfolge der Abstimmung nach der gemeinsamen Beratung der die Wohnungspolitik betreffenden Drucksachen wie folgt festzulegen: zuerst soll die Drucksache 0061/17 unter TOP 8.20, danach die Drucksache 1945/16 unter TOP 8.13 und abschließend die Drucksache 0178/17 unter TOP 8.23 abgestimmt werden.

Darüber ließ die Stadtratsvorsitzende abstimmen.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen: 27 Nein-Stimmen: 14 Enthaltungen: 0

Damit wurde der Antrag mehrheitlich bestätigt und entsprechend bei der Abstimmung verfahren, so die Stadtratsvorsitzende.

Weitere Anträge zur Änderung der Tagesordnung gab es nicht.

3. Einwohnerfragestunde (Anfragen nach § 10 GeschO)

Es lag eine Einwohneranfrage schriftlich beantwortet vor. Die Stadtratsvorsitzende verwies auf die Geschäftsordnung. Danach können vom Fragesteller zwei Nachfragen gestellt

und die Anfrage auf Hinweis der Stadtratsmitglieder durch Beschluss ausschließlich auf die Tagesordnung der Sitzung der sachlich zuständigen Ausschüsse gesetzt werden.

3.1. Ausbau im Andreasviertel

2748/16

Der Fragesteller war nicht anwesend.

zur Kenntnis genommen

4. Genehmigung der Niederschrift der Stadtratssitzung vom 16.11.2016

genehmigt Ja 41 Nein O Enthaltung O Befangen O

5. Aktuelle Stunde

Es lag kein Antrag vor.

6. Beantwortung von Anfragen (§ 9 Abs. 2 GeschO)

Die Anfragen lagen schriftlich beantwortet vor. Die Stadtratsvorsitzende verwies auf die Geschäftsordnung. Danach können vom Fragesteller zwei Nachfragen gestellt und die Anfrage durch Beschluss in den zuständigen Ausschuss verwiesen werden.

Zuerst erfolgte der Aufruf der dringlichen Anfrage. Die Stadtratsvorsitzende wies darauf hin, dass für eine Behandlung der Anfrage in der Sitzung die Mehrheit von 2/3 der anwesenden Mitglieder stimmen müsse. Wenn diese Mehrheit erreicht sei, wird die Beantwortung ausgereicht.

6.1. Dringliche Anfragen

6.1.1. Dringliche Anfrage - Stand der Umsetzung 2. Ausfahrt 0256/17 GVZ

Fragestellerin: Frau Stange, Fraktion DIE LINKE.

Zu Beginn begründete die Fragestellerin die Dringlichkeit der Anfrage.

Sodann ließ die Stadtratsvorsitzende über die dringliche Aufnahme in die Tagesordnung abstimmen.

Ja-Stimmen:35Nein-Stimmen:6Enthaltungen:0

Somit wurde die benötigte 2/3- Mehrheit erreicht.

Die Behandlung der Anfrage erfolgte nach den regulär eingereichten Anfragen.

Die Fragestellerin bedankte sich für die Beantwortung und hatte keine Nachfragen.

zur Kenntnis genommen

6.2. Anfragen

6.2.1. Haushaltssicherungskonzept

0019/17

Fragesteller: Herr Dr. Warweg, Fraktion SPD

Die Nachfrage des Fragestellers wurde durch den Oberbürgermeister beantwortet.

zur Kenntnis genommen

6.2.2. "Erfurter Puffbohnen Weihnachtsmarkt" Fragesteller: Herr Hose, Fraktion CDU

2736/16

Die Nachfrage des Fragestellers wurde durch den Kulturdirektor und den Oberbürgermeister beantwortet.

Sodann beantragte der Fragesteller die Verweisung der Drucksache in den Kulturausschuss inkl. folgender Festlegung:

Der Fragesteller fragte nach, wann in diesem Jahr die Neuausschrei-	Drucksache
bung für den Weihnachtsmarkt auf dem Wenigemarkt erfolgen wird	0321/17
und bat um Vorlage einer Zeitschiene im Ausschuss.	

Die Stadtratsvorsitzende ließ über die Verweisung der Anfrage inkl. der Festlegung in den zuständigen Ausschuss abstimmen.

Ja-Stimmen: 43 Nein-Stimmen: 0 Enthaltungen: 0

Damit wurde der Antrag bestätigt und die Drucksache inkl. der Festlegung in den o. g. Ausschuss verwiesen.

Anfrage verwiesen in Ausschuss

6.2.3. ALDI-Markt am Berliner Platz Fragesteller: Herr Hose, Fraktion CDU

2763/16

Der Fragesteller beantragte die Verweisung der Anfrage inkl. folgender Festlegung in den Bau- und Verkehrsausschuss:

Der Fragesteller bat um die Beantwortung seiner Nachfragen, wie	Drucksache
der Ablauf bzw. das Verfahren zu der Erteilung einer Baugenehmi-	0315/17
gung beschleunigt werden kann und nach welchen Kriterien die	
Stadt Erfurt die Öffnungszeiten für solche Märkte (hier: ALDI-Markt	
am Berliner Platz) einschränkt.	

Die Stadtratsvorsitzende ließ über die Verweisung der Anfrage inkl. der Festlegung in den zuständigen Ausschuss abstimmen.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen: 43 Nein-Stimmen: 0 Enthaltungen: 0

Damit wurde der Antrag bestätigt und die Drucksache inkl. der Festlegung in den o. g. Ausschuss verwiesen.

Anfrage verwiesen in Ausschuss

6.2.4. Hochhäuser ICE-City

2764/16

Fragesteller: Herr Kordon, Fraktion CDU

Der Fragesteller beantragte die Verweisung der Drucksache in den Ausschuss für Stadtentwicklung und Umwelt.

Die Stadtratsvorsitzende ließ über die Verweisung der Anfrage in den zuständigen Ausschuss abstimmen.

Ja-Stimmen: 43 Nein-Stimmen: 0 Enthaltungen: 0

Damit wurde der Antrag bestätigt und die Drucksache in den o. g. Ausschuss verwiesen.

Anfrage verwiesen in Ausschuss

6.2.5. 30-Zonen vor Pflegeeinrichtungen, Schulen und Kinder- 2765/16 gärten

Fragesteller: Herr Kordon, Fraktion CDU

Der Fragesteller beantragte die Verweisung der Drucksache in den Ausschuss für öffentliche Ordnung, Sicherheit und Ortsteile.

Die Stadtratsvorsitzende ließ über die Verweisung der Anfrage in den zuständigen Ausschuss abstimmen.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen: 43 Nein-Stimmen: 0 Enthaltungen: 0

Damit wurde der Antrag bestätigt und die Drucksache in den o. g. Ausschuss verwiesen.

Anfrage verwiesen in Ausschuss

6.2.6. Stand des B-Planverfahrens ALT424 "Löbertor" 0018/17 Fragesteller: Herr Kallenbach, Fraktion CDU

Der Fragesteller beantragte die Verweisung der Drucksache in den Ausschuss für Stadtentwicklung und Umwelt.

Die Stadtratsvorsitzende ließ über die Verweisung der Anfrage in den zuständigen Ausschuss abstimmen.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen: 43 Nein-Stimmen: 0 Enthaltungen: 0 Damit wurde der Antrag bestätigt und die Drucksache in den o. g. Ausschuss verwiesen.

Anfrage verwiesen in Ausschuss

6.2.7. Maßnahmen Haushaltssicherungskonzept / Aufstellung 0042/17 eines Haushaltsplanes und einer Haushaltssatzung 2017 Fragesteller: Herr Pfistner, Fraktion CDU

Die Nachfragen des Fragestellers wurden durch den Oberbürgermeister beantwortet.

zur Kenntnis genommen

6.2.8. Barrierefreiheit und Schulwegsituation "Am Angerberg" 0043/17 Fragestellerin: Frau Walsmann, Fraktion CDU

Die Nachfrage der Fragestellerin wurde durch den Oberbürgermeister beantwortet.

Daraufhin beantragte die Fragestellerin die Verweisung der Drucksache in den Bau- und Verkehrsausschuss.

Die Stadtratsvorsitzende ließ über die Verweisung der Anfrage in den zuständigen Ausschuss abstimmen.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen: 43 Nein-Stimmen: 0 Enthaltungen: 0

Damit wurde der Antrag bestätigt und die Drucksache in den o. g. Ausschuss verwiesen.

Anfrage verwiesen in Ausschuss

6.2.9. Schülerinnen und Schüler mit Deutsch als Zweitsprache 0125/17 an den staatlichen Schulen Fragesteller: Herr Hose, Fraktion CDU

Der Fragesteller bedankte sich für die Beantwortung und hatte keine Nachfragen.

zur Kenntnis genommen

6.2.10. Demonstration gegen den Moscheebau in Marbach am 0074/17

14.12.2016 vor dem Rathaus

Fragesteller: Herr Kamieth, Fraktion DIE LINKE

In Vertretung des Fragestellers beantragte Herr Bärwolff, Vorsitzender der Fraktion DIE LINKE. die Verweisung der Anfrage in den Ausschuss für öffentliche Ordnung, Sicherheit und Ortsteile.

Die Stadtratsvorsitzende ließ über die Verweisung der Anfrage in den zuständigen Ausschuss abstimmen.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen: 43 Nein-Stimmen: 0 Enthaltungen: 0

Damit wurde der Antrag bestätigt und die Drucksache in den o. g. Ausschuss verwiesen.

Anfrage verwiesen in Ausschuss

6.2.11. Kulturschutzgebiete für Erfurt

0198/17

Fragesteller: Herr Bärwolff, Fraktion DIE LINKE.

Der Fragesteller beantragte die Verweisung der Anfrage in den Ausschuss für Stadtentwicklung und Umwelt.

Die Stadtratsvorsitzende ließ über die Verweisung der Anfrage in den zuständigen Ausschuss abstimmen.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen: 43 Nein-Stimmen: 0 Enthaltungen: 0

Damit wurde der Antrag bestätigt und die Drucksache in den o. g. Ausschuss verwiesen.

Anfrage verwiesen in Ausschuss

6.2.12. Landung von US-Militärmaschinen auf Erfurter Flughafen 0199/17 Fragestellerin: Frau Stange, Fraktion DIE LINKE.

Die Fragestellerin bedankte sich für die Beantwortung und hatte keine Nachfragen.

zur Kenntnis genommen

6.2.13. "Langer Tag der StadtNatur" in Erfurt Fragestellerin: Frau Dr. Glaß. Fraktion DIE LINKE.

0220/17

Die Fragestellerin beantragte die Verweisung der Anfrage in den Ausschuss für Stadtentwicklung und Umwelt.

Die Stadtratsvorsitzende ließ über die Verweisung der Anfrage in den zuständigen Ausschuss abstimmen.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen: 43 Nein-Stimmen: 0 Enthaltungen: 0

Damit wurde der Antrag bestätigt und die Drucksache in den o. g. Ausschuss verwiesen.

Anfrage verwiesen in Ausschuss

6.2.14. Besetzung Buga-Ausschuss

2734/16

Fragesteller: Herr Prof. Dr. Thumfart, Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

Die Stadtratsvorsitzende gab bekannt, dass die Dringlichkeit dieser Anfrage in der Stadtratssitzung am 14.12.2016 nicht bestätigt wurde.

Der Fragesteller beantragte die Verweisung der Anfrage in den Hauptausschuss.

Die Stadtratsvorsitzende ließ über die Verweisung der Anfrage in den zuständigen Ausschuss abstimmen.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen: 43 Nein-Stimmen: 0 Enthaltungen: 0

Damit wurde der Antrag bestätigt und die Drucksache in den o. g. Ausschuss verwiesen.

Anfrage verwiesen in Ausschuss

6.2.15. Angermuseum mit mehr Leuchtkraft

0208/17

Fragesteller: Herr Prof. Dr. Thumfart, Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

Der Fragesteller beantragte die Verweisung der Anfrage in den Kulturausschuss.

Die Stadtratsvorsitzende ließ über die Verweisung der Anfrage in den zuständigen Ausschuss abstimmen.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen: 43 Nein-Stimmen: 0 Enthaltungen: 0

Damit wurde der Antrag bestätigt und die Drucksache in den o. g. Ausschuss verwiesen.

Anfrage verwiesen in Ausschuss

6.2.16. Verkauf Objekt Gispersleben-Kiliani 0209/17 Fragestellerin: Frau Gabor, Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

Die Fragestellerin bedankte sich für die Beantwortung und hatte keine Nachfragen.

zur Kenntnis genommen

6.2.17. Anpassung der Schulnetzplanung 0218/17 Fragesteller: Herr Bender, Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

Der Fragesteller beantragte die Verweisung der Anfrage in den Ausschuss für Bildung und Sport.

Die Stadtratsvorsitzende ließ über die Verweisung der Anfrage in den zuständigen Ausschuss abstimmen.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen: 43 Nein-Stimmen: 0 Enthaltungen: 0

Damit wurde der Antrag bestätigt und die Drucksache in den o. g. Ausschuss verwiesen.

Anfrage verwiesen in Ausschuss

6.2.18. Nachtragshaushalt 2015

0219/17

Fragestellerin: Frau Rothe-Beinlich, Fraktion BÜNDNIS

90/DIE GRÜNEN

Die Fragestellerin beantragte die Verweisung der Anfrage in den Ausschuss für Soziales, Arbeitsmarkt und Gleichstellung sowie in den Jugendhilfeausschuss.

Die Stadtratsvorsitzende ließ über die Verweisung der Anfrage in die zuständigen Ausschüsse abstimmen.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen: 43 Nein-Stimmen: 0 Enthaltungen: 0

Damit wurde der Antrag bestätigt und die Drucksache in die o.g. Ausschüsse verwiesen.

Anfrage verwiesen in Ausschuss

6.2.19. Handy-Parken in Erfurt

0213/17

Fragesteller: Herr Stampf, Fraktion FREIE WÄH-

LER/FDP/PIRATEN

Der Fragesteller bedankte sich für die Beantwortung und hatte keine Nachfragen.

zur Kenntnis genommen

6.2.20. Besetzung der Stelle Bürgerbeauftragter / Kommunaler

0214/17

Beauftragter für Menschen mit Behinderungen Fragesteller: Herr Stassny, Fraktion FREIE WÄH-

LER/FDP/PIRATEN

Der Fragesteller bedankte sich für die Beantwortung und hatte keine Nachfragen.

Daraufhin sprach der Oberbürgermeister seinen Dank gegenüber dem langjährigen Bürgerbeauftragen, Herrn Zweigler, und dessen Arbeit aus und wünschte alles Gute für den bevorstehenden Ruhestand.

zur Kenntnis genommen

6.2.21. Sanierung des Speichers in Töttelstädt Fragesteller: Herr Müller, Ortsteilbürgermeister Töttelstädt

0175/17

Hier teilte die Stadtratsvorsitzende mit, dass sich der Fragesteller für die Sitzung im Vorfeld entschuldigt hatte und sich für die Beantwortung bedankt.

zur Kenntnis genommen

Im Anschluss an den TOP 6 – Anfragen wurde der TOP 7.2 zur Beratung aufgerufen.

- 7. Behandlung von dringlichen Entscheidungsvorlagen
- 7.1. Änderung stimmberechtigtes Mitglied Jugendhilfeaus- 0275/17 schuss
 Einr.: Jugendhilfeausschuss

Dieser Tagesordnungspunkt wurde nach dem TOP 8.1 aufgerufen.

Die Stadtratsvorsitzende gab Folgendes bekannt:

- Die Anzahl der anwesenden Mitglieder des Stadtrates beträgt 42.
- Jedes Mitglied des Stadtrates hat eine Stimme.
- Gewählt ist, wer mehr als die Hälfte der Stimmen der anwesenden Stimmberechtigten erhalten hat (§ 39 Abs. 2 ThürKO).
 Die erforderliche Mehrheit beträgt somit 22 Stimmen.

Daraufhin wurde die Wahlkommission nach vorn gebeten.

Im Anschluss fand die Wahlhandlung und Auszählung der Stimmen statt.

Sodann erfolgte die Pause.

Nach der Pause wurde von Herrn Gillmann, Stadtratsreferent, das Wahlergebnis bekannt gegeben:

Stimmen für Frau Hiltrud Liedtke: 39

Daraufhin gratulierte die Stadtratsvorsitzende der Gewählten zur Wahl.

gewählt

Beschluss:

Für den "Caritasverband für das Bistum Erfurt e.V." wird Frau Hiltrud Liedtke als stimmberechtigtes Mitglied

<u>bisher:</u> Michael Wenzel <u>neu:</u> Hiltrud Liedtke

in den Jugendhilfeausschuss gewählt.

<u>Abstimmungsergebnis</u>

Gesetzliche Anzahl der Mitglieder

des Erfurter Stadtrates: 51

davon

anwesend: 42

abgegebene Stimmen: 42 erforderliche Mehrheit: 22

Stimmen für Frau Hiltrud Liedtke: 39

Im Anschluss fuhr die Stadtratsvorsitzende mit dem TOP 8.16 in der Tagesordnung fort.

7.2. Mandatswechsel im Ausschuss Soziales, Arbeitsmarkt 0292/17 und Gleichstellung

Einr.: Fraktion SPD

Dieser Tagesordnungspunkt wurde nach den Anfragen unter TOP 6 aufgerufen.

Die Stadtratsvorsitzende gab bekannt, dass diese Drucksache ohne Vorberatung behandelt wird.

Da es keine Wortmeldungen gab, erfolgte sogleich die Abstimmung über die Drucksache.

beschlossen Ja 42 Nein O Enthaltung O Befangen O

Beschluss:

Die Ausschussbesetzung für die SPD-Stadtratsfraktion im Ausschuss für Soziales, Arbeitsmarkt und Gleichstellung (SAG) wird wie folgt geändert:

Ausschussmitglied (alt): Trier, Thomas

Ausschussmitglied (neu): Möller, Denny

1. Stellvertreter: Trier, Thomas

2. Stellvertreter: Dr. Beese, Wolfgang3. Stellvertreter: Frenzel, Torsten

4. Stellvertreter: N.N.

8. Entscheidungsvorlagen

8.1. Südliche Stadteinfahrt/Martin-Andersen-Nexö- 0468/16
Straße/Arndtstraße - Sachstandsbericht und Empfehlung
zu weiteren Planungsschritten
Einr.: Oberbürgermeister

Die Stadtratsvorsitzende gab bekannt, dass der Ausschuss für Stadtentwicklung und Umwelt die Drucksache in seiner Sitzung am 06.12.2016 bestätigte (Ja 6 Nein 3 Enthaltung 2 Befangen 0).

Die Beantwortung der Nachfragen aus dem Ausschuss für Stadtentwicklung und Umwelt lag den Fraktionen und den fraktionslosen Mitgliedern mit Drucksache 2672/16 vor.

Der Stadtrat verwies die Drucksache in seiner Sitzung am 14.12.2016 in den zuständigen Ausschuss.

Der Bau- und Verkehrsausschuss bestätigte die Drucksache in seiner Sitzung am 12.01.2017 mehrheitlich (Ja 8 Nein 2 Enthaltung 0 Befangen 0)

Es lag ein Antrag der Fraktion CDU mit Drucksache 0136/17 vor. Dieser ersetzte die Ursprungsdrucksache. Die Stellungnahme der Verwaltung lag den Fraktionen und den fraktionslosen Mitgliedern vor.

Dieser Antrag wurde im Bau- und Verkehrsausschuss abgelehnt (Ja 2 Nein 6 Enthaltung 2 Befangen 0), so die Stadtratsvorsitzende.

Es sprachen:

- Herr Kallenbach, Fraktion CDU, erläuterte die Intention des Antrages seiner Fraktion und kritisierte die fehlende Bürgerbeteiligung. Bei einem solchen Projekt sollten die Bürger entsprechend beteiligt werden, beanstandete er.
- Herr Stampf, Fraktion FREIE WÄHLER/FDP/PIRATEN, sprach seinen Dank gegenüber der Bürgerinitiative aus und verwies auf die Anhörungen der Bürgerinitiative im Ausschuss und die Treffen vor Ort, bei dem alle alternativen Lösungen diskutiert und abgewogen wurden.
 - In seinen Ausführungen erläuterte er Vorschläge wie beispielsweise die Verwendung von Pflüsterbeton, die Installation einer entsprechenden Ampelregelung oberhalb der Arnstädter Straße, etc. und warb für dessen Umsetzung.
- Herr Bärwolff, Vorsitzender der Fraktion DIE LINKE., erläuterte seine Sichtwiese zur Thematik und warb für die Annahme des genehmigungsfähigen Vorschlages. Somit

werde seine Fraktion der Ursprungsdrucksache zustimmen, gab Herr Bärwolff bekannt.

- Herr Kanngießer, Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, verwies auf den "bitteren Tag" für die Bürgerinitiative, da deren jahrelanger Kampf erfolglos bleib und führte nochmals zu den Bedingungen vor Ort aus. Abschließend sicherte er die Zustimmung seiner Fraktion zur Ursprungsdrucksache zu.
- Herr Kordon, Fraktion CDU, bat indes nochmals um Zustimmung für den vorliegenden Antrag der Fraktion CDU für die Bürgerbeteiligung.
- Herr Dr. Warweg, Fraktion SPD, nahm Bezug auf die Situation vor Ort und die Beratungen in den zuständigen Ausschüssen zur Thematik.

Weitere Wortmeldungen gab es nicht.

Somit rief die Stadtratsvorsitzende zunächst den Antrag der Fraktion CDU (Drucksache 0136/17), der die Ursprungsdrucksache ersetzte, zur Abstimmung auf.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen: 11 Nein-Stimmen: 29 Enthaltungen: 2

Damit wurde der Antrag abgelehnt.

Anschließend erfolgte die Abstimmung über die Ursprungsdrucksache.

beschlossen Ja 31 Nein 11 Enthaltung O Befangen O

Beschluss:

Der Stadtrat beschließt, die Südzufahrt als qualifizierten Ausbau des Status Quo (Bestandslösung) weiter zu planen.

Nach der Abstimmung wurde der TOP 7.1 aufgerufen.

8.1.1. Antrag der Fraktion CDU zur Drucksache 0468/16 Südli- 0136/17 che Stadteinfahrt/Martin-Andersen-Nexö- Straße/Arndtstraße - Sachstandsbericht und Empfehlung zu weiteren Planungsschritten

abgelehnt Ja 11 Nein 29 Enthaltung 2 Befangen 0

8.1.2. Nachfragen zu der Drucksache 0468/16 Südliche Stadt- 2672/16 einfahrt / Martin-Andersen-Nexö-Straße / Arndtstraße;
Sachbericht; hier: Liste

zur Kenntnis genommen

8.2. Grundstücksverkehr - Öffentliche Ausschreibung eines 0623/16 städtischen Grundstückes, Haageweg Einr.: Oberbürgermeister

Die Stadtratsvorsitzende gab bekannt, dass der Ausschuss für Finanzen, Liegenschaften, Rechnungsprüfung und Vergaben die Drucksache in seiner Sitzung am 21.12.2016 bestätigte (Ja 6 Nein 1 Enthaltung 1 Befangen 0).

Da es keine Wortmeldungen gab, erfolgte sogleich die Abstimmung über die Drucksache.

beschlossen Ja 40 Nein O Enthaltung O Befangen O

Beschluss:

01

Der Stadtrat beschließt die Veräußerung des Grundstückes "Haageweg" in der Gemarkung Erfurt-Süd, Flur 163, Flurstück 104, 214 m² groß, mindestens zum Verkehrswert und nach vorheriger öffentlicher Ausschreibung. Alternativ zur Veräußerung soll auch die Bestellung eines Erbbaurechtes mit einer Laufzeit von maximal 90 Jahren zu mindestens 4 % Erbbauzins möglich sein.

02

Bei der Vergabe wird auf die Berücksichtigung eines Nutzungskonzeptes verzichtet, da es sich bei dem betreffenden Objekt um nicht bebaubare Grünfläche handelt.

03

Der Stadtrat erklärt die Belastungsvollmacht für noch aufzunehmende Grundschulden zur Finanzierung des Kaufpreises und der Investitionen für dieses Grundstück.

04

Der Oberbürgermeister wird ermächtigt, die in den Beschlusspunkten 01 bis 03 genannten Festlegungen umzusetzen.

(redakt. Hinweis: Der Lageplan ist der Niederschrift als Anlage 2 beigefügt.)

8.3. Vorhabenliste "Neue Erfurter Bürgerbeteiligungskultur" 0931/16 Einr.: Oberbürgermeister

siehe TOP 2

vertagt

8.3.1. Antrag der Fraktion CDU zur Drucksache 0931/16 Vorhabenliste "Neue Erfurter Bürgerbeteiligungskultur"

0176/17

vertagt

8.3.2. Nachfragen aus der nicht öffentlichen Sitzung HAS vom 10.01.2017 - TOP 4.1. Vorhabensliste "Neue Erfurter Bürgerbeteiligungskultur" (Drucksache 0931/16)

0132/17

vertagt

8.4. Vorstellung der Varianten in einer öffentlichen Bürgerversammlung im Rahmen des Bebauungsplanverfahrens URB638 "Technologie- und Gewerbepark nördlich der Straße Am Herrenberg" Einr.: Oberbürgermeister

1043/16

Die Stadtratsvorsitzende gab bekannt, dass der Ortsteilrat Urbich die Drucksache in seiner Sitzung am 03.01.2017 zur Kenntnis nahm.

Der Ausschuss für Stadtentwicklung und Umwelt bestätigte die Drucksache in seiner Sitzung am 17.01.2017 einstimmig (Ja 11 Nein O Enthaltung O Befangen O).

Zu Beginn stellte der Ortsteilbürgermeister Urbich, Herr Fitzenreiter, die Sichtwiese des Ortsteilrates und die Varianten vor Ort in Form einer Powerpoint Präsentation dar. Hierbei wurde ersichtlich, dass der Ortsteilrat die Varianten der LEG Thüringen ablehnt.

Der Ortsteilbürgermeister Herrenberg, Herr Czentarra, sprach sich als Vertreter der Gewerkschaft für die Errichtung eines Industriegebietes aus.

Herr Dr. Warweg, Fraktion SPD, stellte klar, dass es sich nicht um ein Industriegebiet sondern um ein Gewerbegebiet handelt und bedankte sich für die Vorstellung des Ortsteilbürgermeisters Urbich. Zudem sprach er sich dafür aus, die Anliegen der Bürger zu berücksichtigen und schlug die Einladung der betroffenen Bürger in den zuständigen Ausschuss zu gegebener Zeit vor.

Herr Kanngießer, Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, erläuterte seine Sichtwiese zu den Bedingungen vor Ort und regte an die Anliegen der Bürger aufzunehmen.

Herr Stampf, Fraktion FREIE WÄHLER/FDP/PIRATEN, sprach seinen Dank an den Ortsteilbürgermeister für dessen Engagement und die konstruktiven Vorschläge des Ortsteilrates aus.

Herr Kallenbach, Fraktion CDU, führte zur Vorlage aus und ging insbesondere auf die Lärmbelästigung, die Bodenversiegelung und den notwendigen Sportplatz ein. Zudem begrüßte er das naturnahe Regenrückhaltebecken.

Herr Bärwolff, Vorsitzender der Fraktion DIE LINKE., erläuterte seine Sichtweise zu dem Vorhaben und wies darauf hin, dass die LEG nicht für die Errichtung eines Sportplatzes zuständig sei.

Zudem beantragte er die folgende Ergänzung im Beschlusspunkt 02: "Die vorgenannten Unterlagen sind den Bürgern im Rahmen einer öffentlichen Bürgerversammlung im Ortsteil Urbich und im Ortsteil Herrenberg vorzustellen und gemeinsam mit Ihnen zu erörtern."

Abschließend teilte Herr Gloria, Fraktion SPD, mit, dass er die Vorlage ablehnen werde.

Da keine weiteren Wortmeldungen vorlagen, rief die Stadtratsvorsitzende zunächst den mündlichen Ergänzungsantrag im Beschlusspunkt 02 von Herrn Bärwolff zur Abstimmung auf.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen: 40 Nein-Stimmen: 0 Enthaltungen: 0

Damit wurde der Antrag bestätigt und der Beschlusspunkt 02 entsprechend um den Zusatz "und im Ortsteil Herrenberg" ergänzt.

Anschließend erfolgte die Endabstimmung über die Ursprungsdrucksache inkl. der zuvor bestätigten Ergänzung.

mit Änderungen beschlossen Ja 37 Nein 3 Enthaltung O Befangen O

Beschluss:

01

Die informellen Strukturvarianten A und B (Anlage 2, 3 und 5) für den Bebauungsplan URB638 "Technologie- und Gewerbepark nördlich der Straße Am Herrenberg" sowie der Vorschlag des Ortsteilrates (Anlage 4) werden zur Kenntnis genommen.

02

Die vorgenannten Unterlagen sind den Bürgern im Rahmen einer öffentlichen Bürgerversammlung im Ortsteil Urbich und im Ortsteil Herrenberg vorzustellen und gemeinsam mit Ihnen zu erörtern.

03

Ausgehend von der Auswertung der Bürgerversammlung und einer Zwischenabwägung aller bislang eingegangenen Stellungnahmen, ist dem Stadtrat ein Entscheidungsvorschlag für den Entwurf des Bebauungsplanes URB638 "Technologie- und Gewerbepark nördlich der Straße Am Herrenberg" vorzulegen.

(redakt. Hinweis: Die Anlagen sind der Niederschrift als Anlagen 3 a – e beigefügt.)

8.5. Maßnahmenpaket zur Erreichung der Erfurter Klima- 1616/16 schutzziele

Einr.: Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

Die Stadtratsvorsitzende gab bekannt, dass die Stellungnahme der Verwaltung den Fraktionen und den fraktionslosen Mitgliedern vorliegt.

Der Stadtrat verwies die Drucksache in seiner Sitzung am 08.09.2016 in die zuständigen Ausschüsse.

Die Drucksache wurde im Bau- und Verkehrsausschuss am 12.01.2017 und im Ausschuss für Stadtentwicklung und Umwelt am 17.01.2017 vertagt.

Es lag ein gemeinsamer Antrag der Fraktionen SPD, Fraktion DIE LINKE. und Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN mit Drucksache 0270/17 vor. Dieser ersetzte die Ursprungsdrucksache. Der Antrag wurde nicht vorberaten, teilte die Stadtratsvorsitzende mit. Die Stellungnahme der Verwaltung lag den Fraktionen und den fraktionslosen Mitgliedern vor.

Es lag ein Antrag der Fraktion CDU mit Drucksache 0294/17 vor. Dieser änderte den gemeinsamer Antrag der Fraktionen SPD, Fraktion DIE LINKE. und Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN (Drucksache 0270/17).

Die Stellungnahme der Verwaltung lag den Fraktionen und den fraktionslosen Mitgliedern vor.

Hierzu teilte die Stadtratsvorsitzende mit, dass mit diesem Antrag der alte Änderungsantrag (Drucksache 0135/17) zurückgezogen wurde.

Zudem gab es einen angekündigten Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN auf Einzelabstimmung der Punkte des Antrages der Fraktion CDU (DS 0294/17), so die Stadtratsvorsitzende

An der Aussprache beteiligten sich (teilweise mehrfach):

 Herr Kanngießer, Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, erläuterte die Intention der Ursprungsdrucksache und begründete den nun vorliegenden gemeinsamen Antrag der Fraktionen SPD, Fraktion DIE LINKE. und Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN. Zudem allen Mitarbeitern, die an den Zuarbeiten der Thematik des Klimaschutzes beteiligt waren.

- Der Oberbürgermeister gab in diesem Zusammenhang bekannt, dass die Stelle des Klimaschutzbeauftragten der Stadt noch in dieser Woche neu ausgeschrieben werde.
- Herr Dr. Warweg, Fraktion SPD, führte zum gemeinsamen Antrag mit den Fraktionen DIE LINKE. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN aus und erläuterte die Schwerpunkte. Zudem teilte er mit, dass seine Fraktion den Punkten c und d des Antrages der Fraktion CDU zustimmen werde.
- Herr Kallenbach, Fraktion CDU, erläuterte die Intention des vorliegenden Antrages seiner Fraktion und ging auf jeden Punkt insbesondere auf den Ausbau der P&R-Parkplatzkapazität ein. Hierzu formulierte er folgende Änderung des 1. Punktes im Antrag "Die P&R-Platzkapazitäten werden erhöht. Die Anlage im Bereich Weimarische Straße ist zu prüfen."
- Herr Stampf, Fraktion FREIE WÄHLER/FDP/PIRATEN, sprach sich deutlich für den Klimaschutz aus aber gab zugleich bekannt, dass sich seine Fraktion bei der Abstimmung enthalten werde, da es ein Vorgriff auf den Haushalt sei, der noch nicht steht.
- Herr Bärwolff, Vorsitzender der Fraktion DIE LINKE., teilte die volle Zustimmung seiner Fraktion mit. In seinen Ausführungen ging er insbesondere auf die positiven und negativen Aspekte von Elektro- und Naturstrom bei öffentlichen Verkehrsmitteln ein.
- Herr Städter, Fraktion FREIE WÄHLER/FDP/PIRATEN, erläuterte seine Sichtwiese zur Thematik und hinterfragte die finanzielle Untersetzung.

Weitere Wortmeldungen lagen nicht vor.

Zu Beginn ließ die Stadtratsvorsitzende über den Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN auf Einzelabstimmung der Punkte des Antrages der Fraktion CDU (Drucksache 0294/17) abstimmen.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen: 40 Nein-Stimmen: 0 Enthaltungen: 0

Somit wurde der Antrag einstimmig bestätigt und die Punkte des Antrages der Fraktion CDU (Drucksache 0294/17), der den Antrag der Fraktionen SPD, Fraktion DIE LINKE. und Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN (Drucksache 0270/17) ändert, einzeln zur Abstimmung aufgerufen.

Zunächst rief die Stadtratsvorsitzende den ersten Anstrich des Antrages inkl. den mündlichen Änderungen von Herrn Kallenbach zur Abstimmung auf:

Folgende Punkte werden unter dem Anstrich "Mobilität" nach dem Punkt 4. der DS 0270/17 ergänzt:

• Die P&R-Platzkapazitäten werden erhöht, insbesondere Die Anlage im Bereich Weimarische Straße ist zu prüfen.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen: 40 Nein-Stimmen: 0 Enthaltungen: 0

Damit wurde dieser Punkt inkl. den Änderungen bestätigt.

Daraufhin erfolgte die Abstimmung des zweiten Anstriches:

• Der Ausbau des Carsharing-Angebots wird unterstützt, insbesondere beim E-Carsharing.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen: 40 Nein-Stimmen: 0 Enthaltungen: 0

Somit wurde dieser Punkt ebenfalls bestätigt.

Sodann rief die Stadtratsvorsitzende über den dritten Anstrich abstimmen:

• Der elektrifizierte Anteil des ÖPNV wird erhöht.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen: 11 Nein-Stimmen: 28 Enthaltungen: 1

Damit wurde dieser Punkt abgelehnt.

Weiterhin erfolgte die Abstimmung des vierten Anstriches:

Attraktive intermodale Verkehrsketten durch optimale Verknüpfung der Verkehrsträger des Umweltverbundes werden unterstützt. Die Zugangshürden sollen dabei so niedrig wie möglich liegen.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen: 40 Nein-Stimmen: 0 Enthaltungen: 0

Somit wurde dieser Punkt einstimmig bestätigt.

Folglich rief die Stadtratsvorsitzende zur Abstimmung des fünften Anstriches auf:

• Elektrisch angetriebene Fahrzeuge und Geräte der Kommunalwirtschaft sollen insbesondere in der Innenstadt erprobt werden.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen: 15 Nein-Stimmen: 19 Enthaltungen: 1

Damit wurde dieser Punkt ebenfalls abgelehnt.

Abschließend erfolgte die Abstimmung des folgenden letzten Satzes im Antrag der Fraktion CDU:

Der letzte Satz unter dem bisherigen Punkt 10 wird gestrichen. (Die Gesamtnummerierung wird bei Annahme dieses Antrages entsprechend angepasst.)

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen: 8 Nein-Stimmen: 32 Enthaltungen: 0

Damit wurde dieser Punkt ebenso abgelehnt.

Im Anschluss rief die Stadtratsvorsitzende den Antrag der Fraktionen SPD, Fraktion DIE LINKE. und Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN (Drucksache 0270/17), der die Ursprungsdrucksache ersetzte, inkl. den zuvor bestätigten Änderungen zur Abstimmung auf.

mit Änderungen beschlossen Ja 31 Nein O Enthaltung 9 Befangen O

Beschluss:

Um die Ziele des Erfurter Klimaschutzkonzeptes zu erreichen, fordert der Stadtrat die Stadtverwaltung auf, zusätzlich zu den bisherigen Klimaschutzmaßnahmen folgende Schwerpunkte in den Bereichen Mobilität, Erneuerbare Energien, Energieeffizienz und Organisation zu setzen:

Mobilität:

- 1. Entsprechend des VEP-Radverkehrs ist die Schaffung von durchgängigen innerstädtischen Hauptradrouten zu priorisieren. Hierfür sind für die Haushaltsjahre 2017/18 folgende Maßnahmen einzuordnen:
- Bau eines Radweges an der Arnstädter Straße stadteinwärts zwischen Liststraße und Schillerstraße sowie die Markierung eines Schutzstreifens in der Löberstraße zum Anschluss an den vorhandenen Radweg ab Löberwallgraben.
- Schaffung von durchgängigen Radverkehrsanlagen im Straßenzug Gutenbergstraße/Blumenstraße im Bereich zwischen Andreaskavalier und Gutenbergplatz
- Schaffung einer Radverkehrsführung stadteinwärts in der Achse Schlachthofstraße / Frankestraße durch Markierung von Radverkehrsanlagen
- Oberflächenverbesserung in der Grafengasse als Umfahrung der Fußgängerzone und wichtiger Bestandteil der Fernradwege
- Planung einer durchgängigen Radverkehrsführung im Straßenzug Liebknecht straße/Thälmannstraße durch Markierung von Schutzstreifen
- Untersetzung der Haushaltsstelle für "Kleinmaßnahmen zur Umsetzung des VEP-Radverkehr" mit jeweils 100.000 € und Verwendung für beispielsweise Bordabsenkungen, Markierung, Öffnung von Einbahnstraßen, Umprogrammierung von LSA etc.
- Schaffung einer Kostenstelle zur kontinuierlichen Erweiterung von Fahrradabstellplätzen (Fahrradbügel) und Untersetzung mit jeweils 15.000 €.

Die Verwaltung wird aufgefordert, ab 2018 den zuständigen Gremien jährlich ein Maßnahmenpaket zur Abarbeitung des VEP-Radverkehrs für das jeweils folgende Haushaltsjahr vorzuschlagen und in die Haushaltsentwürfe einzuordnen.

- 2. Die Verwaltung berücksichtigt bei der Aufstellung von Bebauungsplänen umweltfreundliche Mobilitätsformen auch in Bezug auf die Errichtung von Stellplätzen. In den Begründungen der B-Planentwürfe ist auf diese Thematik einzugehen.
- 3. Die Stadt Erfurt wirbt in der eigenen Verwaltung, den Eigenbetrieben und den kommunalen Unternehmen aktiv für die Nutzung von Jobtickets. Der Stadtrat empfiehlt die Übernahme eines städtischen Arbeitgeberanteils pro Jobticket, um den einzelnen Ticketpreis über den Mengenrabatt hinaus zu senken.
- 4. Erfurt nimmt eine mobilitätsorientierte Neuausrichtung des Neubürgerbegrüßungspakets vor.
- 5. Die P&R-Platzkapazitäten werden erhöht. Die Anlage im Bereich Weimarische Straße ist zu prüfen.
- 6. Der Ausbau des Carsharing-Angebots wird unterstützt, insbesondere beim E-Carsharing.

7. Attraktive intermodale Verkehrsketten durch optimale Verknüpfung der Verkehrsträger des Umweltverbundes werden unterstützt. Die Zugangshürden sollen dabei so niedrig wie möglich liegen.

Erneuerbare Energien:

8. Der Stadtrat hält eine Kooperation zwischen KOWO mbH und SWE Erneuerbare Energien GmbH zur Nutzung von Dachflächen der Plattenbauten zur Solarstromerzeugung für sinnvoll und bittet die KOWO mbH und die SWE EE GmbH unter Einbeziehung der zuständigen Aufsichtsräte, Gespräche mit dem Ziel einer Kooperation aufzunehmen. Über die Ergebnisse soll der Stadtrat informiert werden. Analog dazu versucht die Stadtverwaltung weitere Partner – wie bspw. Kirchen, andere Wohnungsbaugenossenschaften u.v.m. – für Erneuerbare Energien auf ihren Dachflächen zu gewinnen. Positive Effekte für den Klimaschutz und für die Mieter sollen dabei berücksichtigt werden.

Energieeffizienz:

- 9. Die Stadtverwaltung wird aufgefordert, mit gutem Beispiel voranzugehen und die CO2-Minderungziele des Klimaschutzkonzeptes auch innerhalb der Verwaltung umzusetzen.
- 10. Die Stadt Erfurt entwickelt gemeinsam mit der Erfurter Wirtschaft Strategien zur Einbindung der Wirtschaft in das Erfurter Klimaschutzkonzept. Einen Schwerpunkt stellt die Etablierung eines Erfurter Standards als Marke einer unter ökologischen und Klimaschutzgesichtspunkten nachhaltigen Ansiedlungspolitik dar.
- 11. Die Stadtverwaltung erarbeitet ein Konzept zur Stärkung regionaler Wirtschaftskreisläufe. Dabei soll insbesondere die regionale Landwirtschaft so ausgerichtet werden, dass lokale Erzeuger, lokale Verarbeiter und lokale Verbraucher vernetzt werden. Dabei soll insbesondere geprüft werden, wie Kindergärten, Schulen und Pflegeeinrichtungen mit eigenen Küchen ausgestattet werden können und welche Möglichkeiten der Arbeitsmarktförderung, bzw. von Investitionsprogrammen bestehen.
- 12. Die Verwaltung prüft die Entwicklung eines Teilklimaschutzkonzeptes in Bezug auf Raumwärme in städtischen Immobilien, mit dem Schwerpunkt Schulen und Kindergärten. Dieses Konzept sieht eine Antragstellung auf finanzielle Förderung beim Bundesumweltministerium vor. Das Prüfergebnis ist dem Ausschuss für Stadtentwicklung und Umwelt bis zum 3. Quartal 2017 vorzulegen.

Organisation:

13. Die Stadt Erfurt nimmt ab 2017 wieder am European Energie Award (EEA) teil. Die Stadtverwaltung legt Ende 2017 einen Zwischenbericht zur Umsetzung des Erfurter Klimaschutzkonzeptes, einschließlich der hier beschlossenen Maßnahmen in Form eines EEA-Berichts und eines Energiepolitischen Arbeitsprogramms entsprechend EEA vor. Teil dieser Berichterstattung ist die Prüfung, inwieweit zur Erreichung der Ziele der UN- Klimakonferenz von Paris ein Fortschreibungsbedarf des Erfurter Klimaschutzkonzeptes besteht und – je nach Prüfergebnis – die Unterbreitung eines entsprechenden Vorschlags. Die Mittel für die Teilnahme am EEA sind dauerhaft im Haushalt einzustellen.

- 14. Der Stadtrat fordert den Oberbürgermeister auf, die frei gewordene Stelle des Klimaschutzkoordinators schnellstmöglich auszuschreiben. Des Weiteren empfiehlt der Stadtrat, die Koordination des Klimaschutzes innerhalb der Verwaltung so zu verorten und mit Kompetenzen und Ressourcen auszustatten, dass sie ihren Aufgaben für die verschiedenen Verwaltungsbereiche und der klimafachlichen Beratung für den Stadtrat auch gerecht werden kann. Eine Bündelung der Klimaschutz-Aktivitäten der Stadt an dieser Stelle wird angeregt.
- 15. Die Stadt Erfurt prüft die Errichtung einer Klimaschutz-Stiftung nach Mainzer und Jenaer Vorbild oder einer anderen eigenständigen Organisation zum Zweck des nachhaltigen Klimaschutzes in Erfurt. Die Einbindung der kommunalen Unternehmen wird angeregt.
- 8.5.1. Antrag der Fraktion CDU zur Drucksache 1616/16 Maß- 0135/17 nahmenpaket zur Erreichung der Erfurter Klimaschutz- ziele

zurückgezogen

8.5.2. Antrag der Fraktionen SPD, DIE LINKE, Bündnis 90/ Die 0270/17 Grünen zur Drucksache 1616/16 - Maßnahmenpaket zur Erreichung der Erfurter Klimaschutzziele

bestätigt mit Änderungen

8.5.2.1. Antrag der Fraktion CDU zur Drucksache 0270/17 - Antrag 0294/17 der Fraktionen SPD, DIE LINKE, Bündnis 90/ Die Grünen zur Drucksache 1616/16 - Maßnahmenpaket zur Erreichung der Erfurter Klimaschutzziele

bestätigt mit Änderungen

8.6. Wirtschaftsplan 2017 der KoWo - Kommunale Wohnungsgesellschaft mbH Erfurt
Einr.: Oberbürgermeister

Die Stadtratsvorsitzende gab bekannt, dass der Ausschuss für Wirtschaftsförderung und Beteiligungen die Drucksache in seiner Sitzung am 19.01.2017 bestätigte (Ja 8 Nein 0 Enthaltung 2 Befangen 0).

An der Diskussion beteiligten sich (teilweise mehrfach):

- Frau Walsmann, Fraktion CDU,
- Frau Gabor, Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN,
- Frau Stange, Fraktion DIE LINKE.,
- Herr Stampf, Fraktion FREIE WÄHLER/FDP/PIRATEN,
- Herr Pfistner, Fraktion CDU,
- Herr Bausewein, Oberbürgermeister,
- Herr Prof. Dr. Merforth, Fraktion SPD,
- Herr Warnecke, Vorsitzender der Fraktion SPD,
- Herr Dr. Dr. Pistner, Fraktion CDU und
- Herr Prof. Dr. Thumfart, Vorsitzender der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN.

Hierbei wurden die verschiedenen Sichtweisen zur Thematik der Gewinnausschüttung erläutert und von den Fraktionsmitgliedern entsprechend begründet.

Frau Walsmann sprach sich im Namen ihrer Fraktion deutlich gegen die Gewinnausschüttung in Höhe von 500.000 Euro an die Gesellschafterin der Landeshauptstadt Erfurt aus.

Im Namen der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN begrüßte Frau Gabor die Vorlage und die Einigung auf die angegebene Höhe der Gewinnausschüttung.

Frau Stange signalisierte im Namen ihrer Fraktion ebenfalls die Zustimmung und sprach zugleich ihren Dank gegenüber den Mitarbeitern der KoWo aus.

Herr Stampf teilte für seine Fraktion mit, dass sie der Vorlage hinsichtlich der Planungssicherheit zustimmen werden. Zugleich betonte er, dass es erwünschter ohne eine Gewinnabführung gewesen wäre.

Der Oberbürgermeister führte zur Vorlage und dem vorliegenden Wirtschaftsplan und dem Stand des Unternehmens KoWo aus und betonte wie in den Vorjahren, dass diese Gewinnausschüttung der KoWo als kerngesundes Unternehmen nicht schadet und die Stadt es mit Blick auf die Haushaltslage sinnvoll umsetzen könne.

Herr Prof. Dr. Merforth erinnerte an die Diskussionen im Ausschuss zur Thematik und sprach sich im Namen seiner Fraktion für die Gewinnausschüttung an die Gesellschafterin aus, da diese für das Unternehmen KoWo unschädlich sei und die Stadt den Betrag im Haushalt gut gebrauchen könne.

Im Weiteren wurden ausführlich die Argumente für und gegen die Gewinnabführung ausgetauscht.

Sodann beantragte Herr Stampf den Abbruch der Beratung, da alle Fraktionen von ihrem Rederecht Gebrauch gemacht haben und bat um Abstimmung der Drucksache.

Über diesen Geschäftsordnungsantrag ließ die Stadtratsvorsitzende abstimmen.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen: 27 Nein-Stimmen: 13 Enthaltungen: 0 Somit wurde dieser Antrag bestätigt und die Beratung beendet.

Daraufhin rief die Stadtratsvorsitzende zur Abstimmung über die Drucksache auf.

beschlossen Ja 28 Nein 11 Enthaltung 1 Befangen 0

Beschluss:

Der Wirtschaftsplan für das Geschäftsjahr 2017 der KoWo - Kommunale Wohnungsgesellschaft mbH Erfurt, Stand 31.08.2016, wird festgestellt.

(redakt. Hinweis: Der Wirtschaftsplan ist der Niederschrift als Anlage 4 beigefügt.)

8.7. Wirtschaftsplan 2017 der Kaisersaal Erfurt GmbH 1715/16 Einr.: Oberbürgermeister

Die Stadtratsvorsitzende gab bekannt, dass der Ausschuss für Wirtschaftsförderung und Beteiligungen die Drucksache in seiner Sitzung am 19.01.2017 einstimmig bestätigte (Ja 7 Nein O Enthaltung O Befangen O).

Da es keine Wortmeldungen gab, erfolgte sogleich die Abstimmung über die Drucksache.

beschlossen Ja 38 Nein 1 Enthaltung 1 Befangen 0

Beschluss:

Der Wirtschaftsplan für das Geschäftsjahr 2017 der Kaisersaal Erfurt GmbH, Stand 22.08.2016, gemäß Anlage 1, wird festgestellt.

(redakt. Hinweis: Die Anlage des Beschlusses ist der Niederschrift als Anlage 5 beigefügt.)

8.8. Anpassung der Friedhofssatzung der Landeshauptstadt 1785/16
Erfurt für Rasengräber
Einr.: Fraktion CDU

Die Stadtratsvorsitzende gab bekannt, dass die Stellungnahme der Verwaltung den Fraktionen und den fraktionslosen Mitgliedern vorliegt.

Der Stadtrat verwies die Drucksache in seiner Sitzung am 16.11.2016 in den zuständigen Ausschuss.

Der Bau- und Verkehrsausschuss vertagte die Drucksache in seiner Sitzung am 01.12.2016.

Es lag ein Antrag der Fraktion CDU mit Drucksache 0177/17 vor. Dieser Antrag wurde nicht vorberaten. Die Stellungnahme der Verwaltung lag den Fraktionen und den fraktionslosen Mitgliedern vor.

Frau Walsmann, Fraktion CDU, erläuterte die Intention der Drucksache und ging auf die Stellungnahme der Verwaltung ein. Abschließend bat sie um Zustimmung.

Herr Bender, Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, begrüßte im Namen seiner Fraktion die Vorlage.

Herr Metz, Fraktion SPD, signalisierte ebenfalls im Namen seiner Fraktion die Zustimmung.

Weitere Wortmeldungen gab es nicht.

Somit rief die Stadtratsvorsitzende die Drucksache in Fassung des Antrages der Fraktion CDU (Drucksache 0177/17) zur Abstimmung auf.

mit Änderungen beschlossen Ja 40 Nein O Enthaltung O Befangen O

Beschluss:

Der Oberbürgermeister wird beauftragt, ein Konzept für die Erweiterung der Angebote an Erdbestattungen um die Variante Erdreihengrab mit einem kleinen Grabstein zu erarbeiten und dem Ausschuss für Bau und Verkehr bis März 2017 vorzulegen. Diese zusätzliche Möglichkeit von Erdbestattungen auf dem Hauptfriedhof und den Ortsteilfriedhöfen soll für die Angehörigen mitgeringem Pflegeaufwand verbunden sein.

8.8.1. Antrag der Fraktion CDU zur Drucksache 1785/16 - An- 0177/17 passung der Friedhofssatzung der Landeshauptstadt Erfurt für Rasengräber

bestätigt

8.9. Satzung über die Benutzung von öffentlichen Einrichtungen bei der Unterbringung besonderer Bedarfsgruppen in der Landeshauptstadt Erfurt (Unterbringungssatzung)
Einr.: Oberbürgermeister

siehe TOP 2

vertagt

8.10. Benutzungsgebührensatzung für öffentliche Einrichtungen bei der Unterbringung besonderer Bedarfsgruppen in
der Landeshauptstadt Erfurt (Unterbringungsgebührensatzung)

Einr.: Oberbürgermeister

siehe TOP 2

vertagt

8.11. Bebauungsplan BIN651 "An der Weinsteige - nördlicher 1930/16 Teilbereich", 1. Änderung - Billigung Entwurf und öffentliche Auslegung

Einr.: Oberbürgermeister

Die Stadtratsvorsitzende gab bekannt, dass der Ortsteilrat Bindersleben die Drucksache in seiner Sitzung am 12.01.2017 zur Kenntnis nahm.

Der Ausschuss für Stadtentwicklung und Umwelt bestätigte die Drucksache in seiner Sitzung am 17.01.2017 einstimmig (Ja 11 Nein O Enthaltung O Befangen O).

Da es keine Wortmeldungen gab, erfolgte sogleich die Abstimmung über die Drucksache.

beschlossen Ja 40 Nein O Enthaltung O Befangen O

Beschluss:

01

Der Entwurf des Bebauungsplanes BIN651 "An der Weinsteige - nördlicher Teilbereich", 1.Änderung in seiner Fassung vom 07.12.2016 (Anlage 2) und die Begründung (Anlage 3) werden gebilligt.

02

Der Entwurf des Bebauungsplanes und die Begründung werden nach § 13a Abs. 2 Nr. 1 BauGB i. V. m. § 13 Abs. 2 Satz 1 Nr. 2 und § 3 Abs. 2 BauGB für die Dauer eines Monats öffentlich ausgelegt. Gemäß § 13a Abs. 2 Nr. 1 BauGB i. V. m. § 13 Abs. 2 Satz 1 Nr. 3 und § 4 Abs. 2 BauGB werden die Behörden und sonstige Träger öffentlicher Belange, deren Aufgabenbereiche durch die Planung berührt werden, beteiligt.

03

Zeitpunkt, Ort und Dauer der öffentlichen Auslegung sind gemäß § 13a Abs. 2 Nr. 1 BauGB i. V. m. § 13 Abs. 2 Nr. 2 und § 3 Abs. 2 Satz 2 BauGB im Amtsblatt der Landeshauptstadt Erfurt ortsüblich bekannt zu machen.

In der Bekanntmachung ist darauf hinzuweisen, dass Stellungnahmen während der Auslegungsfrist abgegeben werden können und dass nicht fristgerecht abgegebene Stellungnahmen bei der Beschlussfassung über den Bauleitplan unberücksichtigt bleiben können.

04

Die Zwischenabwägung zu den im Rahmen der frühzeitigen Beteiligung der Öffentlichkeit eingegangenen Stellungnahmen wird beschlossen. Das Abwägungsergebnis mit Begründung (Anlage 4) ist Bestandteil des Beschlusses.

(redakt. Hinweis: Die Anlagen des Beschlusses sind der Niederschrift als Anlagen 6 a – d beigefügt.)

8.12. Rechtliche Konsequenzen durch Bauverzögerungen und 1938/16 Baumängeln bei der Multifunktionsarena

Einr.: Fraktion CDU

siehe TOP 2

vertagt

8.12.1. Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN zur Druck- 2515/16 sache 1938/16 Rechtliche Konsequenzen durch Bauver-zögerungen und Baumängeln bei der Multifunktionsarena

vertagt

8.13. "Bündnis bezahlbares Wohnen Erfurt" gründen 1945/16
Einr.: Fraktion SPD

Wie unter TOP 2 vereinbart, wurde dieser TOP gemeinsam mit den Tagesordnungspunkten 8.20 und 8.23 behandelt und getrennt abgestimmt.

Zum **TOP 8.13 – Drucksache 1945/16** - "Bündnis bezahlbares Wohnen Erfurt" gründen - gab die Stadtratsvorsitzende bekannt, dass der Stadtrat die Drucksache in seiner Sitzung am 16.11.2016 in die zuständigen Ausschüsse verwiesen hat.

Daraufhin wurde die Drucksache in der Sitzung des Bau- und Verkehrsausschusses am 12.01.2017 zurückgezogen.

Der Ausschuss für Stadtentwicklung und Umwelt vertagt die Drucksache in seiner Sitzung am 17.01.2017.

Zum **TOP 8.20 – Drucksache 0061/17** - Wohnungspolitik in Erfurt neu ausrichten - gab die Stadtratsvorsitzende bekannt, dass die Stellungnahme der Verwaltung den Fraktionen und den fraktionslosen Mitgliedern vorliegt.

Der Bau- und Verkehrsausschuss bestätigte die Drucksache in seiner Sitzung am 12.01.2017 (Ja 7 Nein 0 Enthaltung 3 Befangen 0).

Der Ausschuss für Stadtentwicklung und Umwelt vertagt die Drucksache in seiner Sitzung am 17.01.2017, ebenso der Ausschuss für Finanzen, Liegenschaften, Rechnungsprüfung und Vergaben am 18.01.2017 und der Ausschuss für Wirtschaftsförderung und Beteiligungen in seiner Sitzung am 19.01.2017 ebenfalls.

Es lag ein Antrag der Fraktionen SPD, DIE LINKE. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN mit Drucksache 0306/17 vor. Dieser ergänzte die Ursprungsdrucksache um zwei weitere Beschlusspunkte. Die Stellungnahme der Verwaltung lag den Fraktionen und den fraktionslosen Mitgliedern vor.

Zum TOP 8.23 – Drucksache 0178/17 - Bezahlbares Wohnen für Erfurt - gab die Stadtratsvorsitzende bekannt, dass die Drucksache ohne Vorberatung behandelt wird und die Stellungnahme der Verwaltung den Fraktionen und den fraktionslosen Mitgliedern vorliegt.

Der Ausschuss für Stadtentwicklung und Umwelt vertagte die Drucksache in seiner Sitzung am 17.01.2017.

Der Ausschuss für Wirtschaftsförderung und Beteiligungen vertagte die Drucksache in seiner Sitzung am 19.01.2017 ebenfalls.

Es lag ein Antrag der Fraktion FREIE WÄHLER/FDP/PIRATEN mit Drucksache 0307/17 vor. Dieser ersetzte die Ursprungsdrucksache. Die Stellungnahme der Verwaltung lag den Fraktionen und den fraktionslosen Mitgliedern vor.

An der gemeinsamen Beratung beteiligten sich (teilweise mehrfach):

- Herr Warnecke, Vorsitzender der Fraktion SPD,
- Herr Kallenbach, Fraktion CDU.
- Herr Bärwolff, Vorsitzender der Fraktion DIE LINKE.,
- Herr Prof. Dr. Thumfart, Vorsitzender der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN,
- Herr Stassny, Vorsitzender der Fraktion FREIE WÄHLER/FDP/PIRATEN,
- Herr Dr. Dr. Pistner, Fraktion CDU und
- Herr Kemmerich, Fraktion FREIE WÄHLER/FDP/PIRATEN.

Zu Beginn erläuterte Herr Warnecke die Intention der Drucksache 1945/16 seiner Fraktion und dessen Grundgedanken für die Gründung eines Bündnisses für bezahlbares Wohnen. In seinen weiteren Ausführungen ging er vorwiegend auf die Schwerpunkte des gemeinsamen Antrages der Fraktionen SPD, DIE LINKE. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN ein und sah diesen als Grundlage für die Neuausrichtung der Wohnungspolitik in Erfurt. Dieses Bündnis für bezahlbares Wohnen solle auch für alle Genossenschaften "geöffnet" werden, so Herr Warnecke.

Weiterhin führte er zum Wandel des Wohnungsmarktes, der Stadtentwicklung und den sozialen Bedingungen aus und bat abschließend um Zustimmung zur Drucksache 0061/17.

Während des Redebeitrages von Herrn Warnecke übernahm die stellvertretende Stadtratsvorsitzende, Frau Stange, die Sitzungsleitung.

Sodann nahm Herr Kallenbach Bezug zu den Aussagen seines Vorredners und hinterfragte die plötzliche Eile hinsichtlich der Beschlussfassung zur Thematik trotz der ausstehenden Vorberatungen in den zuständigen Ausschüssen. Dieses Vorgehen kritisierte er deutlich im Namen seiner Fraktion. Hierfür sei die Thematik zu wichtig, signalisierte Herr Kallenbach. Weiterhin ging er detailliert auf die einzelnen Beschlusspunkte des Antrages der Fraktionen SPD, DIE LINKE. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN (Drucksache 0061/17) ein und beanstandete einzelne Punkte inhaltlich wie beispielweise den festgelegten Mietzins und die einseitige Fokussierung auf den Sozialwohnungsbau.

Zudem führte Herr Kallenbach zu der gemeinsamen Drucksache 0178/17 seiner Fraktion mit der Fraktion FREIE WÄHLER/FDP/PIRATEN aus und erläuterte die inhaltlichen Schwerpunkte. Abschließend betonte er nochmals, dass eine heutige Abstimmung aus Sicht der Fraktion CDU nicht der richtige Weg sei.

Daraufhin erläuterte Herr Bärwolff die Schwerpunkte des gemeinsamen Antrages mit der Fraktion SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN (Drucksache 0061/17) aus Sicht seiner Fraktion. In seinen Ausführungen erklärte er, dass der soziale Wohnraum von den höherwertigen Wohnungen mitfinanziert werden müsse. Zudem bestehe akuter Handlungsbedarf zur Unterstützung der KoWo im Hinblick auf die Errichtung von barrierefreien Wohnraum. Diese Vorlage bildet die Grundlage für eine entsprechende Weiterentwicklung, verkündete Herr Bärwolff und warb um Zustimmung.

Im Anschluss übernahm Frau Pelke, Stadtratsvorsitzende wieder die Sitzungsleitung.

Herr Prof. Dr. Thumfart wies darauf hin, dass alle Fraktionen ähnliche Vorstellungen haben und erläuterte insbesondere die Sichtweisen seiner Fraktion zur Thematik. Hierbei sei der Antrag der Fraktionen SPD, DIE LINKE. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, also die Drucksache 0061/17 in Fassung des Antrages 0306/17 der weitestgehende, wertete Herr Prof. Dr. Thumfart und bat um Zustimmung.

Herr Stassny führte zum Antrag 0178/17 seiner Fraktion mit der Fraktion CDU aus und wies darauf hin, dass dieser der Einzige Antrag sei, der in allen Punkten die Zustimmung der Verwaltung findet. Negativ beurteilte er, dass es keinen interfraktionellen Antrag bzw. eine Einigung - wie sie anfangs von allen gewollt war - unter den Fraktionen zur Thematik gab. Trotz der Enttäuschung sei die Bereitschaft für eine interfraktionellen Antrag noch da, erklärter Herr Stassny und hinterfragte eine nochmalige Verweisung aller Drucksachen in die zuständigen Ausschüsse.

Mit Bezug auf seinen Vorredner verwies Herr Stampf auf das Schreiben der Fraktionen SPD, DIE LINKE. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, in welchem der Vorschlag für eine interfraktionelle Vorlage verankert war und hinterfragte dessen Umsetzung.

Herr Dr. Dr. Pistner erklärte seine Sichtweise zur Thematik. Seiner Ansicht nach sei der Wohnungsmarkt erschöpft und die Vorlagen zur Thematik lediglich sogenannte "Luftnummern".

Herr Kemmerich sprach sich gegen jegliche Eingriffe in die Wohnungspolitik aus.

Auf Nachfrage erläuterten Herr Stampf und Herr Stassny die geplante Zeitschiene der Beratungsfolge zu den Drucksachen und warben abschließend nochmals um eine interfraktionelle Einigung.

Weitere Wortmeldungen lagen nicht vor.

Somit erläuterte die Stadtratsvorsitzende die Abstimmungsvorschläge und verwies insbesondere auf die Reihenfolge der Abstimmungen gemäß dem Antrag von Herrn Warnecke unter TOP 2.

Zunächst erfolgte die **Abstimmung zum TOP 8.20**. Hierzu rief die Stadtratsvorsitzende die Drucksache 0061/17 in Fassung des Antrages der Fraktionen SPD, DIE LINKE. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN (Drucksache 0306/17) zur Abstimmung auf.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen: 27 Nein-Stimmen: 12 Enthaltungen: 1

Damit wurde diese Drucksache beschlossen.

Im Anschluss zog Herr Warnecke die Drucksache 1945/16 unter TOP 8.13 zurück. Dagegen erhob sich kein Widerspruch.

Sodann erfolgte die **Abstimmung unter TOP 8.23**. Die Stadtratsvorsitzende rief zunächst den Antrag der Fraktion FREIE WÄHLER/FDP/PIRATEN (Drucksache 0307/17), der die Ursprungsdrucksache ersetzte, zur Abstimmung auf.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen: 5 Nein-Stimmen: 33 Enthaltungen: 2

Damit wurde dieser abgelehnt.

Anschließend erfolgte die Abstimmung über die Ursprungsdrucksache 0178/17.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen: 12 Nein-Stimmen: 25 Enthaltungen 3

Somit wurde diese Drucksache ebenfalls abgelehnt.

Im Anschluss an die Abstimmung bat die Stadtratsvorsitzende die Fraktionsvorsitzenden nach vorn, um über den weiteren Fortgang der Sitzung zu beraten.

Aus dieser Beratung ergab sich als weitestgehender Antrag, die Sitzung im Anschluss zu beenden und die übrigen Tagesordnungspunkte in der weiterführenden Sitzung am Folgetag zu behandeln.

Über diesen Vorschlag ließ die Stadtratsvorsitzende abstimmen.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen: 22 Nein-Stimmen: 13 Enthaltungen: 4

Damit wurde dieser Vorschlag mehrheitlich bestätigt und entsprechend verfahren.

Somit beendete die Stadtratsvorsitzende, Frau Pelke, die öffentliche Stadtratssitzung.

8.14. Errichtung der Thüringer Gemeinschaftsschule Erfurt-

2428/16

Hochheim (TGS 6)

Einr.: Ortsteilbürgermeister Hochheim

vertagt

8.15. Bundesmittel für die Defensionskaserne

2429/16

Einr.: Fraktion CDU

vertagt

8.16. Satzung zur Beteiligung junger Menschen in Erfurt

2487/16

Einr.: Fraktion SPD, Fraktion CDU, Fraktion DIE LINKE., Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, Fraktion FREIE WÄH-

LER/FDP/PIRATEN

Dieser Tagesordnungspunkt wurde nach der Bekanntgabe des Wahlergebnisses unter TOP 7.2 aufgerufen.

Die Stadtratsvorsitzende gab bekannt, dass die Stellungnahme der Verwaltung den Fraktionen und den fraktionslosen Mitgliedern vorliegt.

Der Ausschuss für Bildung und Sport vertagte die Drucksache in seiner Sitzung am 11.01.2017 mit dem Hintergrund eine Entscheidung des Jugendhilfeausschusses abzuwarten.

Der Jugendhilfeausschuss bestätigte die Drucksache in seiner Sitzung am 12.01.2017

mit Änderungen (entsprechend der Drucksache 0149/17) (Ja 14 Nein 0 Enthaltung 1 Befangen 0).

Es lag ein Antrag des Jugendhilfeausschusses mit Drucksache 0149/17 vor. Dieser ersetzte die Anlage der Ursprungsdrucksache. Die Stellungnahme der Verwaltung lag den Fraktionen und den fraktionslosen Mitgliedern vor.

Zu Beginn begrüßte Herr Kordon, Fraktion CDU, im Namen seiner Fraktion die vorliegende Satzung. Diese sei ein gutes fraktionsübergreifendes Signal für die jungen Menschen in Erfurt, werte er.

Herr Groß, Fraktion SPD, sprach seinen Dank gegenüber dem Stadtjugendring aus und lobte das vorliegende Ergebnis.

Herr Stassny, Vorsitzender der Fraktion FREIE WÄHLER/FDP/PIRATEN, bedankte sich ebenfalls bei allen Beteiligten für die gelungene Arbeit.

Frau Rothe-Beinlich, Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, richtete ihren Dank insbesondere an die Schüler und signalisierte ihre Vorfreude auf die kommende Arbeit. In ihren Ausführungen nahm sie Bezug auf den Begriff der Beteiligungsstruktur.

Herr Bärwolff, Vorsitzender der Fraktion DIE LINKE., begrüßte diese Form der Demokratie für die Schüler ebenfalls.

Da keine weiteren Wortmeldungen vorlagen, rief die Stadtratsvorsitzende zunächst den Antrag des Jugendhilfeausschusses (Drucksache 0149/17), der die Anlage der Ursprungsdrucksache ersetzte, zur Abstimmung auf.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen: 40 Nein-Stimmen: 0 Enthaltungen: 0

Damit wurde der Antrag bestätigt.

Anschließend erfolgte die Abstimmung über die Ursprungsdrucksache inkl. der zuvor bestätigten geänderten Anlage.

mit Änderungen beschlossen Ja 40 Nein O Enthaltung O Befangen O

Beschluss:

01

Der Stadtrat beschließt die "Satzung zur Beteiligung junger Menschen in Erfurt".

02

Die Satzung tritt zum 01.01.2017 in Kraft.

(redakt. Hinweis: Die Anlage des Beschlusses ist der Niederschrift als Anlage 1 beigefügt.)

Im Anschluss an die Abstimmung fuhr die Stadtratsvorsitzende mit dem TOP 8.2 in der Tagesordnung fort.

8.16.1. Änderungsantrag des Jugendhilfeausschusses zur DS 2487/16 - Satzung zur Beteiligung junger Menschen in Erfurt

0149/17

bestätigt Ja 40 Nein O Enthaltung O Befangen O

8.17. Kündigung des "Vertrages über die Durchführung und Vergütung des Rettungsdienstes im Rettungsdienstbereich Stadt Erfurt"

2726/16

Einr.: Oberbürgermeister

vertagt

8.18. 1. Änderungssatzung der Satzung über die Aufwandsentschädigung der Angehörigen der Freiwilligen Feuerwehr der Landeshauptstadt Erfurt vom 02. August 2012

2749/16

Einr.: Oberbürgermeister

vertagt

8.19. Änderung sachkundiger Bürger

0028/17

Einr.: Fraktion DIE LINKE.

vertagt

8.20. Wohnungspolitik in Erfurt neu ausrichten

0061/17

Einr.: Fraktion SPD, Fraktion DIE LINKE., Fraktion BÜND-

NIS 90/DIE GRÜNEN

siehe TOP 8.13

mit Änderungen beschlossen Ja 27 Nein 12 Enthaltung 1 Befangen 0

Beschluss:

01

Der Oberbürgermeister wird beauftragt, mit den Erfurter Wohnungsbaugenossenschaften und der KOWO GmbH Gespräche zu führen mit dem Ziel, ein Erfurter Bündnis für bezahlbares Wohnen – gemäß den im Sachverhalt ausgeführten Grundsätzen- zu initiieren.

02

Der Oberbürgermeister wird beauftragt, mit der Landesregierung Gespräche zu führen, mit dem Ziel, die bereits zugesagte Kappungsgrenzenverordnung für bestehende Mietverhältnisse (Reduzierung Mieterhöhung Vergleichsmiete von 20 auf 15 Prozent) für Erfurt in Kraft zu setzen.

03

Die KOWO GmbH wird beauftragt, ein Wohnungsbauprogramm aufzulegen. Der Fokus soll dabei auf der Schaffung von Wohnraum zu einem Mietzins entsprechend der Kosten der Unterkunft nach §22 SGB II bzw. §35 SGB XII liegen. Ferner sollen auch Mieter mit geringen und mittleren Einkommen oder auch Studenten und Rentner vom Wohnungsbauprogramm profitieren. Zur Verhinderung von sozialer Segregation kann die KOWO GmbH auch Wohnraum in anderen Segmenten bedienen. Zur Querfinanzierung kann die KOWO GmbH auch neuen Wohnraum im mittleren und oberen Preissegment schaffen.

04

Zur Umsetzung der Bauvorhaben ist die KOWO GmbH angehalten, soweit erforderlich, von den verfügbaren Förderangeboten von Bundesseite bzw. vom Freistaat Thüringen Gebrauch zu machen.

05

Der Stadtrat begrüßt und unterstützt das bereits vorliegende Engagement der KOWO GmbH zur Kostendeckung im Wohnungsneubau und modularen Geschosswohnungsbau und unterstützt dieses im Rahmen seiner gesetzlichen und haushälterischen Möglichkeiten bei der Entwicklung und Praxiserprobung.

06

Dem Stadtrat ist eine Aufstellung der dafür geeigneten und der im Besitz der Stadt befindlichen Grundstücke vorzulegen, um dem Stadtrat Entscheidungen über die kostenfreie Überlassung zu ermöglichen. Dabei ist bestehendes Baurecht, soweit vorhanden, offenzulegen.

07

Dem Stadtrat ist vom Oberbürgermeister bis zum Ende des I. Quartals des Jahres 2017 ein Verfahrensvorschlag vorzulegen, wie Grundstücke der KOWO GmbH, welche im Zuge der Stadtschrumpfung zum Außengebiet erklärt worden sind, angesichts der neuen demographischen und baulichen Stadtentwicklung wieder zum Innenbereich erklärt werden können.

80

Bei Neubauvorhaben der KOWO GmbH sollen die Möglichkeiten des umweltfreundlichen und nachhaltigen Bauens Berücksichtigung finden.

09

Der Oberbürgermeister legt dem Stadtrat bis zum Ende des II. Quartals Eckpunkte für eine Wohnungsbaustrategie vor, die auch private Investoren für den sozialen Wohnungsbau einbezieht.

10

Dem Stadtrat ist bis zum Ende des II. Quartals ein Verfahrensvorschlag zu unterbreiten, wie eine Quote von 20 % bei Wohnungsneubauvorhaben für sozialen Wohnungsbau gesichert werden kann.

8.20.1. Antrag der Fraktionen SPD, DIE LINKE, Bündnis 90/ Die Grünen zur Drucksache 0061/17 Wohnungspolitik in Erfurt neu ausrichten

0306/17

bestätigt

8.21. Reduzierung von Planungskosten durch Typenbau beim

0141/17

Schulneubau

Einr.: Fraktion CDU

Verwiesen in Ausschuss

8.21.1. Antrag der Fraktion FFP zur DS 0141/17 - Reduzierung von Planungskosten durch Typenbau beim Schulneubau

0258/17

Verwiesen in Ausschuss

8.21.2. Antrag der Fraktion Freie Wähler, FDP, Piraten zur Drucksache 0258/17 Antrag der Fraktion FFP zur DS 0141/17 - Reduzierung von Planungskosten durch Typenbau beim Schulneubau

0305/17

Verwiesen in Ausschuss

8.21.3. Antrag der Fraktion CDU zur Drucksache 0141/17 Reduzierung von Planungskosten durch Typenbau beim Schulneubau

0291/17

Verwiesen in Ausschuss

8.22. Laufzeit Photovoltaikanlage am Standort Volkenrodaer 0168/17 Weg

Einr.: Fraktion FREIE WÄHLER/FDP/PIRATEN

Verwiesen in Ausschuss

8.23. Bezahlbares Wohnen für Erfurt

0178/17

Einr.: Fraktion CDU, Fraktion FREIE WÄH-

LER/FDP/PIRATEN

siehe TOP 8.13

abgelehnt Ja 12 Nein 25 Enthaltung 3 Befangen 0

8.23.1. Antrag der Fraktion Freie Wähler, FDP, Piraten zur Druck- 0307/17

sache 0178/17 Bezahlbares Wohnen für Erfurt

abgelehnt Ja 5 Nein 34 Enthaltung 1 Befangen 0

9. Informationen

vertagt

gez. Pelke Stadtratsvorsitzende gez. Stange stellv. Stadtratsvorsitzende gez. Schriftführer/in